



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

zu Stolberg, Albercht: Nationale Gewerkschaften.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nationale Gewerkschaften

Von Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode



Auf meinen Artikel „Nationale Gewerkschaften, nationale Arbeiterpartei“ in Nr. 19 der Grenzboten hat Herr Chefredakteur Max Koeder-Nachen in Nr. 23 der Grenzboten geantwortet. Jede Diskussion kann dieses eminent wichtige Thema nur fördern. Darum bin ich gern bereit, Herrn Koeder Rede und Antwort zu stehen. Er meint, eine nationale Arbeiterpartei würde nur eine Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie herbeiführen. Ich bin der Ansicht, daß im Gegenteil die gewerkschaftliche Sozialdemokratie ganz gewiß geschwächt werden würde. Denn wenn die nationalen Gewerkschaften, die das Rückgrat für die nationale Arbeiterpartei bilden müssen, mit großen Mitteln ausgestattet sind und dem Arbeiter viel bieten können, so wird er gewiß nicht oder nur ausnahmsweise bei den freien Gewerkschaften bleiben. Und wird die gewerkschaftliche Sozialdemokratie geschwächt, so wird es auch die politische, und zwar noch bedeutend mehr, wenn es nicht nur nationale Gewerkschaften, sondern auch eine nationale Arbeiterpartei gibt. Der Arbeiter will sich heutzutage politisch betätigen. Er will dies aber nicht, oder nur zum kleinsten Teil, im Rahmen einer bürgerlichen Partei, sondern er will einer ausgesprochenen Arbeiterpartei beitreten. Als solche gibt es aber heutzutage nur die sozialdemokratische. Ich bin überzeugt, daß ein großer Teil der Arbeiter hauptsächlich aus diesem Grunde der Sozialdemokratie beitrifft, nicht weil er mit ihren revolutionären Zielen einverstanden ist. Der deutsche Arbeiter ist im Grunde durchaus konservativ gesinnt, viel mehr als ein großer Teil des Bürgertums — ich meine konservativ im ganz allgemeinen Sinne.

Weiter schreibt Herr Koeder: „Zunächst nationale Gewerkschaften! Schon hier zeigt der Verfasser auf Abwege, wenn er für diese doch wirtschaftlichen Gebilde Zuschüsse seitens der Behörden und Besitzenden anregt. Wo bleibt die

notwendige Selbständigkeit und Unabhängigkeit, dieses mächtige Agens im gewerkschaftlichen Leben?" Von Zuschüssen seitens der Behörden ist in meinem Artikel nichts zu lesen. Das würde ich auch für durchaus verkehrt halten. Ich habe aber ausdrücklich betont, daß die Zuschüsse nur im allerersten Anfange nötig sind, damit die nationalen Gewerkschaften gleich mit den freien in Konkurrenz treten können. „Je eher sie aufhören können, um so besser, denn dann sieht der Arbeiter bald, daß es sein eigenes, von keinem Arbeitgeber mehr der Unterstützung bedürftendes Unternehmen ist, und das gibt ihm ein größeres Vertrauen zu der Sache“, so schrieb ich. Ebenso betonte ich, daß die Arbeiter ganz allein die Gewerkschaften leiten müßten. „Die gelben Verbände sind ein warnendes Beispiel.“ Es sollte mich freuen, wenn es gelänge, die nationalen Gewerkschaften gleich von Anfang konkurrenzfähig zu gestalten, auch ohne Zuschüsse der Besitzenden. Das wäre natürlich noch viel vorteilhafter. Ich glaube nur nicht recht, daß das möglich wäre. Denn es wäre, soll das ganze Unternehmen gelingen, notwendig, daß die neuen nationalen Gewerkschaften gleich mit ganz besonders großen Mitteln auf der Bildfläche erschienen. Herr Roeder meint weiter, ich träte für einen antisozialdemokratischen Block in der Gewerkschaftsbewegung ein. Ich will keinen Block. Der hält doch nicht lange. Nein, ich will eine völlige Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaften, ein völliges Aufgehen ineinander zu einer ganz einheitlichen Gewerkschaft, für die ich als Namen „Nationale Gewerkschaft“ vorschlage. Es sollen nicht „nun gar noch neue nationale Gewerkschaften“ ins Leben gerufen werden neben den alten. Das würde nur noch eine weitere fruchtlose Kräftezersplitterung bedeuten. Nein, alle bestehenden sollen in die eine zusammengeschmolzen werden. Da wird man mir entgegen, das geht nicht. Die Christlichen, auf dem Boden des Zentrums stehenden werden sich z. B. nie mit den Hirsch-Dunderschen, fortschrittlich gefärbten Gewerkschaften verschmelzen lassen. Dazu sind die Gegensätze zu groß. Ich erkenne die Schwierigkeiten durchaus nicht, und doch bin ich der Meinung, daß es der einzige Weg ist, der zum Ziele führt. Mögen die Gewerkschaften, die Christlichen u. a. auch zunehmen, wie sie das sehr erfreulicherweise getan haben, sie alle werden doch, wie ich glaube, stets von den freien überflügelt werden. Warum? Weil die freien ein einziges Gebilde sind. Die vollkommene Geschlossenheit ist es, die ihnen die enorme Macht verleiht. Ich sage es noch einmal: Wir müssen hindurch zu einheitlichen nationalen Gewerkschaften. Keine neuen neben den alten, sondern eine neue anstatt der vielen alten!

Weiter schreibt Herr Roeder: „Diese nationalen Gewerkschaften sollen — und darin scheint der Grundfehler der Deduktion des Grafen Stolberg zu liegen — Mittel zum Zweck sein; ein Selbstzweck soll ihnen nicht eignen; ihr Ziel ist eine nationale Arbeiterpartei. Damit betreten wir das politische Gebiet.“ — „Ein Selbstzweck soll ihnen nicht eignen“, das kann ich so schroff aus meinen Ausführungen nicht herauslesen. Ich meine aber folgendes: Sehe man sich alle wirtschaftlichen Gebilde an, die freien Gewerkschaften, den Hanfabund, den Bund

der Landwirte usw. Sie alle haben einen gewissen Selbstzweck. Sie alle aber haben auch oder wollen eine politische Geschlossenheit ihrer Kreise erreichen. Und das ist meiner Ansicht nach ihr Hauptzweck. Er ist auch nicht nur gewollt, sondern er ergibt sich zum Teil ganz von selbst. Gäbe es keine freien Gewerkschaften, es gäbe auch keine so starke Sozialdemokratie. Wirtschaftlich haben sie ihre Mitglieder geeinigt, in der richtigen Erkenntnis, daß die, welche wirtschaftlich geeinigt sind, auch politisch sich leichter einigen lassen. Denn die meisten politischen Fragen sind nichts anderes als wirtschaftliche Fragen. Das glaubt ja doch nicht einmal die Sozialdemokratie, daß die freien Gewerkschaften nur dem Selbstzweck dienen. Nein, sie weiß ganz genau, daß der Hauptzweck nicht der Selbstzweck ist. „Damit betreten wir das politische Gebiet“, meint ganz richtig Herr Roeder. Ja, ich bin der Ansicht, daß wir es betreten müssen. Die Sozialdemokratie hat es betreten, auch die nationale Arbeiterbewegung muß es betreten. Über dem Selbstzweck muß der politische Zweck stehen. Nicht die Sozialdemokratie ist es, die die Arbeiterbewegung von rein wirtschaftlichen auf politische Bahnen gelenkt hat, nein, eine viel stärkere Macht: die fortschreitende Weiterentwicklung auf der Erde. Alles strebt nun einmal nach oben infolge der Zentrifugalkraft des politischen Lebens. Zuerst erschienen die größten, gewichtigsten Steine an der Oberfläche nicht der Erde, sondern des politischen Lebens. Vor etwa hundert Jahren kamen auch schon kleinere nach oben, als sich der dritte Stand emporarbeitete; nun sind auch die kleinsten schon dicht an der Oberfläche, die wirtschaftlich abhängigsten, die Arbeiter. Das ist eine ganz natürliche Erscheinung, mit der wir uns abfinden müssen. Aber wir müssen sie auch richtig auszunutzen wissen. Die Arbeiterbewegung ist eine politische, nicht nur eine wirtschaftliche; die wirtschaftliche war nur der Anfang zu der politischen. Wollen wir diese zurückhalten, so wird sie nur immer radikaler werden und sich schließlich — mit Gewalt — Bahn brechen. Diese Erkenntnis ist keine „Rück-sichtnahme und Angstlichkeit“, sondern nichts weiter als politische Voraussicht. Jede neue politische Bewegung gerät zu Anfang, wird sie nicht richtig geleitet, leicht auf falsche Wege. Sie muß sich erst auf den richtigen Weg durchkämpfen. So ist es auch mit der Arbeiterbewegung. Ein Teil unserer Politiker glaubt ja nun, auch die Sozialdemokratie würde mit der Zeit auf den richtigen Weg gelangen, besonders ihre revolutionären Ideen beiseite legen, wenn man sie nur überall zur Mitarbeit heranzöge. Ich glaube das nicht. Sie ist auf solche Abwege geraten, daß sie nicht wieder zurück kann, soll nicht ihr ganzes Gebäude einstürzen. Nein, wir können die Arbeiterbewegung nur noch auf richtige Wege leiten, indem eine nationale Arbeiterpartei gegründet wird. Vor vierzig Jahren, als das gleiche Wahlrecht im Reiche eingeführt wurde, hat man in Unkenntnis der Gefahr dies verabsäumt. Es wird endlich höchste Zeit, dies nachzuholen. Damals dachte man, ja dachte selbst ein Bismarck, er würde die politische Arbeiterbewegung mit Gewaltmitteln unterdrücken können. Heute ist wohl jeder der Überzeugung, daß die politische Arbeiterbewegung nicht zu unterdrücken ist.

Unterdrücken wir sie, versuchen wir es wenigstens, so wird es uns nur gelingen, die gesunde zu unterdrücken, die ungesunde wird wachsen. Das haben doch die letzten Jahrzehnte deutlich genug gezeigt. Nein, wir müssen die politische Arbeiterbewegung, die an und für sich etwas ganz Natürliches und darum auch Gesundes ist, nicht unterdrücken, sondern sie fördern, und das kann nur geschehen durch eine nationale Arbeiterpartei. Das ist keine „Politik der Rücksichtnahme und Angstlichkeit“, das ist nur eine Politik der Klugheit. Gewiß, haben wir erst eine starke nationale Arbeiterpartei, so werden die Kämpfe im politischen Leben nicht aufhören, aber sie werden sich nicht mehr auf denselben gefährlichen Bahnen bewegen wie jetzt, wo wir gegen eine revolutionäre Arbeiterpartei zu kämpfen haben. Kämpfe wird es auch geben, aber nur der Art, wie z. B. zwischen Konservativen und Liberalen augenblicklich; eine gute Strecke wird man auch zusammengehen können, was jetzt einfach unmöglich ist, will man nicht in eine gefährliche Abhängigkeit geraten, wie es in Baden z. B. gekommen ist. „Damit betreten wir das politische Gebiet“, das hält Herr Roeder für einen Schaden, für eine Gefahr. In wirtschaftlicher Beziehung soll die nationale Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen das Feld streitig machen, in politischer soll sie es räumen. Das ist grundverkehrt. Auf diese Weise werden wir nie weiterkommen.

Herr Roeder fragt weiter: „Würde nun eine nationale Arbeiterpartei etwas ausrichten? Ein Nein ist die Antwort. Einmal bliebe sie numerisch bedeutungslos.“ Warum, das will mir nicht in den Sinn. Es gibt viele, sehr viele Arbeiter, die sofort der Sozialdemokratie abtrünnig werden würden, wenn sie erführen, daß es eine Arbeiterpartei gibt, die ihre Interessen vertritt, ohne sie zu knechten, und mit mehr Erfolg. Wenn es hieße, die Reichsversicherungsordnung ist zustande gekommen mit Hilfe der nationalen Arbeiterpartei, der Konservativen, eines großen Teiles der Liberalen und des Zentrums, um nur ein Beispiel zu nehmen, so würde auch ein großer Teil der Arbeiter viel mehr Vertrauen zu dem Gesetz haben, als jetzt, wo die einzige Arbeiterpartei, die es gibt, es abgelehnt hat. Das nur nebenbei. Ich glaube im Gegenteil, wenn die Partei geschickt geleitet würde, würde es nicht lange dauern, bis sie numerisch sehr bedeutungsvoll sein würde.

Weiter meint Herr Roeder: „Sie würde nur erreichen, daß jene bürgerlichen Parteien, welche seither die Interessen der Arbeiterschaft vertraten, sich mehr zurückhielten.“ Wer sich die heutigen Verhältnisse, besonders jetzt vor den Wahlen, objektiv ansieht, muß meiner Ansicht nach zu dem Schluß gelangen, daß dies kein Nachteil, sondern ein Vorteil wäre. Gewiß ist es gut, wenn sich die Parteien die Gunst der Arbeiter zu gewinnen suchen. Aber heutzutage ist die Sucht nach Gunst geradezu zu einer Gunstschleicherei geworden. Die Parteien haben dadurch leider schon zu oft den klaren Blick für das höhere Ganze verloren. Das nenne ich eine „gefährliche Politik der Rücksichtnahme und Angstlichkeit“. Und die ist ein großes Übel in unserem heutigen Staatsleben. Sie

bringt uns nicht vorwärts, sondern rückwärts. Hier sind die Worte des Herrn Roeder durchaus am Platze. Hier aber will er nicht dagegen kämpfen, sondern er will noch helfen.

„Aus eigenem vermöchte eine nationale Arbeiterpartei nichts durchzusetzen“, sagt Herr Roeder. Welche Partei vermag das überhaupt? Mir ist keine bekannt. „Für die Mehrheitsbildung käme sie kaum in Betracht. Gegen die Sozialdemokratie wäre sie erst recht wirkungslos.“ Natürlich, wenn man annimmt, daß sie numerisch bedeutungslos bleiben würde, aber auch nur dann! „Was sie erreichen würde, wäre eine Verschärfung der Klassen- und Standesunterschiede.“ Eine reine Arbeiterpartei wird es immer geben. Welche aber wird die Klassen- und Standesunterschiede mehr verstärken, eine starke Sozialdemokratie oder eine starke nationale Arbeiterpartei? Gibt es nicht die eine, so gibt es die andere, das müssen wir immer bedenken. Welche wollen wir dann lieber haben? Das ist die einzige Wahl, die uns freisteht. Denn daß, wie Herr Roeder weiter meint, sich die nationale Arbeiterschaft innerhalb der bestehenden bürgerlichen Parteien durchsetzen wird, das glaube ich nicht, dazu sind die Interessen der Arbeiter doch zu verschieden von denen der anderen Stände. Und selbst wenn sie sich durchsetzen würde, nie würde es ihr auf diese Weise gelingen, die anti-nationale sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Das kann ihr nur gelingen, wenn sie sich zu einer selbständigen Partei zusammenschließt. Die Schärfung des sozialen Gewissens der bürgerlichen Parteien, sagt Herr Roeder, würde dadurch aufhören. Ich bin der Ansicht: dafür, daß das nicht eintritt, würde die nationale Arbeiterpartei schon selbst sorgen, da sie bei der Mehrheitsbildung eine große Rolle spielen würde. Und das wäre eine viel gesündere Art der Gewissensschärfung als die jetzige.

Ehe ich zum Schluß komme, möchte ich noch auf folgendes eingehen. Ich hatte gemeint, die nicht freien Gewerkschaften hätten auf wirtschaftlichem Gebiete geringe, auf politischem fast gar keine Bedeutung. Ich gebe zu, daß das etwas übertrieben ist. Ich weiß sehr wohl die großen Verdienste der nicht freien Gewerkschaften einzuschätzen. Ich bin der letzte, der ihre Tätigkeit verdammt oder gar die der freien Gewerkschaften vorzieht. Ich glaube aber doch, daß die Bedeutung vorläufig leider noch gering ist, viel geringer besonders, als sie sein könnte, wenn die nicht freien Gewerkschaften ein einheitliches Ganzes bildeten. Wirtschaftlich: man vergleiche nur die Mitgliederzahlen, politisch: die freien Gewerkschaften sind eins mit der Sozialdemokratie, die nicht freien Gewerkschaften kennen keine ausgesprochene Arbeiterpartei, ihre Mitglieder verzetteln sich auf soundso viele bürgerliche Parteien. Dadurch kommt es, daß ein ungesunder Einfluß der Arbeiter auf die Politik besteht, es aber einen gesunden reinen Arbeitereinfluß so gut wie gar nicht gibt. Und der tut dringend Not. Den ungesunden Arbeitereinfluß können wir nur bezwingen, indem wir den gesunden stärken. Das ist aber nicht möglich im Rahmen der anderen Parteien, sondern nur in dem einer reinen ausgesprochenen Arbeiterpartei.

Nun zu den Schlußausführungen des Herrn Roeder! Er sagt, so gefährlich eine Politik ab irato sei, ebenso gefährlich sei die der Rücksichtnahme und Ängstlichkeit. Im wirtschaftlichen wie im politischen Leben müßten viel größere Gesichtspunkte führend und leitend sein. Eine Politik der Ängstlichkeit ist, wie ich schon oben ausführte, die, wenn man es zu hindern sucht, daß sich die nationale Arbeiterbewegung auch auf das politische Gebiet begibt, daß man zu hindern sucht, daß sich eine ausgesprochene nationale Arbeiterpartei bildet. Im politischen Leben müssen viel größere Gesichtspunkte leitend sein als diese Ängstlichkeit. Im politischen Leben muß die politische Boraussicht leitend sein, und die sagt uns, daß wir die ungesunde politische Arbeiterbewegung, die unseren ganzen Staat ins Wanken zu bringen droht, nur bezwingen können, wenn wir mit allen Mitteln eine gesunde Arbeiterbewegung fördern, und die politische Boraussicht sagt uns weiter, nachdem wir in den letzten zwanzig Jahren auf diesem Wege nicht vorwärts, sondern rückwärts gekommen sind, daß die Basis für eine gesunde Arbeiterbewegung nur eine nationale ausgesprochene Arbeiterpartei sein kann. Das ist alles andere als eine Politik der Rücksichtnahme und Ängstlichkeit. Eine nationale Arbeiterpartei würde auch insofern dem Staate von ganz hervorragendem Nutzen sein, als durch sie der Arbeiter das Gefühl der Mitverantwortlichkeit erhalten würde. Sie würde zu seiner politischen Erziehung in hohem Maße beitragen, viel mehr als jede bürgerliche Partei es vermöchte, auch wenn die Arbeiter ein noch so großes Kontingent ihrer Wähler stellen würden. Der Arbeiter muß mehr und mehr im Staat, in den Provinzen, Kreisen und Gemeinden zur Mitarbeit herangezogen werden. Gibt es erst eine nationale Arbeiterpartei, so ist dies ein leichtes, so kann es ohne Gefahr für den Staat geschehen. Und das ist gewiß: wir werden dann nicht rückwärts schreiten, sondern noch schneller vorwärts kommen. Eine nationale Arbeiterpartei, das ist die Lösung für die Zukunft.



Friedrich der Große und die Landgräfin Karoline von Hessen

Von Dr. Siegfried Fittes-Friedenau



Es ist bekannt, daß die kleine Herzogin Prinzessin Sophie Friedrike Auguste, von ihrem Vater „Fieckchen“ genannt, auf Empfehlung Friedrichs des Großen nach Rußland kam, um sich dort in eine Katharina Alexejewna zu verwandeln und die Gemahlin des Großfürsten-Thronfolgers Peter zu werden. Die Hoffnungen, die der König an diese Heirat geknüpft hatte, erfüllten sich freilich nicht. Peters Tante, die Zarin Elisabeth, wurde bald seine unverföhnliche Feindin; im Sieben-